

Der Halle Vierteljährlich bei postamtlicher Anfertigung 2,50 RM., durch die Post 3,25 RM., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Bezugspreis sind unter „Sonstige Leistungen“ einbezogen: 1. Der amtlichen eingehende Postgebühren und deren durch übernommene Rücksendung nur mit Quellennote „Sonstige Leistungen“ gefolgt.

Verantwortlicher der Schriftleitung: Dr. 1140; der Anzeigen-Abteilung: Dr. 170; der Abonnements-Abteilung: Dr. 1133.

Saale-Zeitung.

Neunhundertvierzigster Jahrgang.

Werben die 6 geteiltete Anzeigen oder deren Raum mit 80 Pfg., solche mit 20 Pfg. berechnet und in unferen Anzeigenstellen und allen Anzeigenstellen angenommen. Die Anzeigen die Zeit 15 Pfg. bei Halle, auswärts 1 RM.

Ercheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Druck-Verwaltung: Halle, Gr. Sandstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Nach 52.

Kali.

Von Bergart a. D. Georg Gothein, M. b. R.

Im Februar soll dem Reichstag die lang angekündigte Novelle zum Kaltegesetz gegeben. Freilich der Bundesrat muß erst Befehl darüber fassen. Und nach den Mitteilungen, die am Donnerstag in der Budgetkommission gemacht worden sind, darf man schließen, daß bei den einzelstaatlichen Regierungen rechtliche Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen. Eine Union wurde erklärt — sei eine unbedingte Notwendigkeit, denn so wie jetzt dürfte es unmöglich weitergehen. Unter dem Schirm des Gesetzes, der jedem neuen Werk eine Quote, jedem alten bei der Erweiterung seiner Anlagen eine Quoten erhöht, wird, der einen sehr hohen Preis für die Schächte eingetretten, daß nicht nur eine Verschwendung von Kapital in gewaltigem Umfang eintrete, sondern mit Verwässerung der Quoten auch die Produktionskosten enorm steigen, und zur Erlangung einer rationalen Quote für die alten Förderanlagen die Werke neue Anlagen schaffen müßten, die sie gar nicht ausbauen bezweckten, sondern für die sie lediglich eine Quote haben wollten.

Beim Erlaß des Kaltegesetzes bestanden 69 Werke. Am 1. Dezember 1912, am 1. Dezember 1913: 180, und weitere 44 sind im Aufbau begriffen, so daß am Ende des Jahres 204 Werke in Förderung stehen dürften. Da nur der Erlaß des Kaltegesetzes das damalige Kalifundament wesentlich um dessen Zusammenbruch, weil infolge seiner fälligen Kapitalzufuhr infolge der Werke entstanden waren, also bereits damals eine enorme Fähigkeit zur Leberproduktion bestand, die den Werken jede vernünftige Ausnutzung ihrer Anlagen unmöglich machte, so kann man sich einen Begriff machen, wie enorm ungünstig gegenwärtig die Ausnutzung der Anlagen ist. Von seiten des Unterrichtssekretärs Richter wurde unumwunden ausgesprochen, daß in der Kaliindustrie ein außerordentlich schwerer Mangel herrsche. Einen solchen wollte doch aber das Kaltegesetz gerade beseitigen. Freilich nur Leute, die nicht sehen wollten, oder die sich wirtschaftliches Denken durch langjährige Übung abgewöhnt hatten, konnten so etwas annehmen.

Es ist von mir und meinen Freunden bei der Beratung des Kaltegesetzes Punkt für Punkt die ungünstige Wirkung, die das Gesetz ausüben würde, dargestellt worden. Man hat damals nicht hören und nicht glauben wollen, und die Industrie ist in unbegreiflicher Verblendung nach einem derartigen Gesetz, das ihr die schweren Folgen zu tragen. Man wird die Verantwortung für dieses gesetzgeberische Vorgehen nicht den Reichsämtern zuschieben dürfen. Von Preußen aus — gegen die aus dem Staatssekretariat des Innern geltend gemachten Bedenken — ist die Vorlage eingebracht worden. Kein Staatssekretär, keiner der ihm unterstellten Beamten hat dieselbe vertreten oder verteidigt. Das ist ausschließlich der preussische Handelsminister Herr Sadow oder richtiger sein Ministerialdirektor für das Bergwesen, der Oberbergbaupräsident v. Besen, der der eigentlich Schuldige bei diesem unerbörten gesetzgeberischen Fehler gewesen ist. Freilich, leit das Gesetz in Kraft getreten ist, hat weder der eine noch der andere es jemals für notwendig gehalten, sich bei den alljährlich im Reichstag darüber einfindenden Debatte einmal sehen zu lassen. Jetzt muß das Reichsamt des Innern ständig die Suppe

auseisen, die ihm Preußen eingebracht hat, und man kann nur begierig sein, ob sich die preußischen Herren Vertreter zur Begründung der in Aussicht gestellten Novelle im Reichstag sehen lassen werden.

Die Frage, ob eine Novelle notwendig ist, wird bestritten. Aus Interzentralkomitee wird erklärt, daß das Spindat auf dem Wege der Selbsthilfe die nötige Einschränkung in Erweiterung und Neuanlagen von Werken vornehmen werde. 170 Werke haben sich verpflichtet, solche bis 1919 nicht vorzunehmen. Aber da bleiben noch genug andere, bleiben vor allen Dingen auch Einzelstaaten, die festsitzende oder Werke mit festsitzlicher Beteiligung gründen wollen, noch übrig, so daß eine Sicherheit gegen Neugründungen, wie sie ein gesetzliches Verbot solcher von einem Staat ab in der Form, daß die gleichen Werken seine Beteiligungsziffer gemäß würde, geben könnte, nicht besteht. Freilich ein solches Gesetz ist ein schwerer Eingriff in wohlverordnete Privatrechte. Aber man wird kaum noch vor einem solchen zurückschrecken dürfen bei der unerhörten Leberproduktion, die Platz gegriffen hat. Allerdings ist in den letzten 1 1/2 Jahren eine Situation in der Gründungsindustrie eingetreten, die auf die Notlage zahlreicher Kalimärkte einerseits, auf die ungünstigen Geldverhältnisse andererseits zurückzuführen ist. Aber letztere werden verhältnismäßig rasch vorübergehen und bei der Kürzlichkeit des anliegenden Publikums, bei der Strupplosigkeit der Kaligründerpreise ist es nicht ausgeschlossen, daß wieder auch in Zukunft mit glänzenden Prospekten Dumme gefunden werden. Es ist daher ausgeschlossen, die divergierenden Interessen in der Kaliindustrie durch Selbsthilfe unter einen Hut zu bringen.

Unbedingt notwendig aber ist es, der weiteren Quotenverwässerung zu steuern, welche eine fortwährende Steigerung der Produktionskosten im Gange hat, da auch im Ausland in letzter Zeit Funde gemacht worden sind, welche die Ansicht, daß Deutschland ein Monopol in Kalifällen besitze, bedenklich erschütterte. Entwidelt sich aber im Ausland eine Kaliindustrie, so begeben die deutsche auf den ausländischen Märkten dem Wettbewerb der Auslandswerke und ist außerstande, die jetzigen Auslandspreise aufrechtzuerhalten, die auch regierungsgünstig als „übertrieben hoch“ bezeichnet werden. Ohne fortwährende Steigerung des Auslandsabzuges aber würde die Situation der heimischen Kaliindustrie noch viel bedrohlicher werden. Es ist übrigens interessant, daß während 1910 mit aller Bestimmtheit versichert wurde, abauwürdige Kalivorkommen würde es im Ausland nie geben — eine Meinung, die ich aus nachdrücklichste Befürwortung habe — jetzt offen die Befürchtung gegeben wird, daß man im Ausland abauwürdige Kaliförderstätten gefunden hätte.

Eine Kaliegele-Novelle kann die furchtbaren Schäden, die das Kaliegesetz angerichtet hat, nicht wieder gut machen. Sie kann einzelne Wüsterungen der ungelungen Entwicklung bringen und verhüten, daß weiter unnütz Kapital in die Erde geworfen wird. Bei der Notlage der Industrie darf sie absolut nicht festsitzliche Zwecke verfolgen, was übrigens auch nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen liegt. Niemand aber soll sich der Hoffnung hingeben, daß die Kali, welcher der Kalibergbau unentzerrlich zusetzt, damit beschonert werden kann, denn zu schwere Lasten sind gefahren.

Von anderer Seite wird uns dazu geschrieben: Auch die Behandlung des Referendums läßt mich zu wünschen übrig. So wurden bisher die Zinsen dieses Fonds entgegen aller sonstigen Einseitigkeit nicht dem Fonds zugestrichen, son-

dern stillschweigend für Reichszwecke verwendet. Ein heute angenommenen Antrag Gothein wird diese Zinsen in Zukunft ihrem eigentlichen Zweck dienbar machen.

Ein weiterer Antrag Gothein verleierte den Posten für Auslandspropaganda um 900 000 Mark und den für innere Propaganda, speziell zum Zwecke der Hebung des feldmäßigen Gemeinbewußtes, um 200 000 Mark. Bei der Vermehrung der Kalimärkte ist die Steigerung des nur wenig zunehmenden Auslandsabzuges durch geeignete Propaganda eine unbedingte Notwendigkeit für die ohnehin einer schweren Krise entgegengehende Kaliindustrie.

In welcher gerade unerhörter Weise übrigens einzelne Staaten die ungelungen Vermehrung von Kalimärkten begünstigen, wurde heute von fortschrittlicher Seite an der Hand eines im gefrigen Abendblatt des „Berliner Tageblatts“ (Handelsteil) erschienenen Artikels zur Sprache gebracht. Danach hat der anhaltinische Fiskus gemeinsam mit einem der fünfzehn Bundesfürsten — nach einem Zwischenruf von Zentrumsseite dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha — Aberteil in Betracht genommen, um sofort auch für die ersten fünf Jahre die volle Förderquote zu erlangen, wobei er sich von dem Bundesfürsten das Geld für seine Eintrittebeteiligung vorstrecken ließ. Dieser hat später das Recht, die Beteiligung zurückzuerwerben, und ist verpflichtet, dann dem anhaltinischen Fiskus für den Vorteil der sofortigen vollen Quote eine entsprechende Entschädigung zu gewähren, d. h. Kommissionsgebühren einzuführen für die eigenartige Auslegung des Gesetzes. In dankenswerter Weise wurde vom Unterrichtssekretär Richter erklärt, daß die Verteilungsstelle und bei ihrem etwaigen Verlegen die Berufungsstelle eine derartige Umgehung des Gesetzes nicht zulassen, d. h. die Quote nicht bewilligen werde. Im übrigen kann man nur das größte Erstaunen darüber aussprechen, daß ein deutscher Bundesfürst eine Vermögensverwaltungsstelle hat, die Geschäfte bezieht und werden konnten.

Zink-Zinn-Kurs.

Wie der Regierungswind bei der Beantwortung der neuen Zabrern Interpellation wehen wird, das kann man bereits deutlich erkennen aus einer höchst merkwürdigen Veröffentlichung, die die „Nordd. Allg. Ztg.“ vornimmt. Das Regierungsgeschäft bringt nämlich einen in scharfem Deutsch abgefaßten Bericht des Garnisonkommandos Zabern vom 5. Dezember 1903, in dem lang und breit und in recht augenfälliger Form referiert wird über alle möglichen Feindlichkeiten und Färbereien zwischen Militär und Zivil und in dem der Zabrerner Anzeiger verantwortlich gemacht wird für die vorgefallenen Tätlichkeiten.

Dieser Bericht schildert ausführlich, daß es bereits 1901 in Zabern gelegentlich der Verhaftung eines Matrosenartilleristen durch einen Unteroffizier zu Ausschreitungen von Zivilisten, halbwillkürlichen Burlesken, gegen den Unteroffizier kam. Der Zabrerner Anzeiger gab diesen Vorfall in einer den Sachverhalt völlig entstellenden Weise wieder und begann eine ununterbrochene Hege gegen den betreffenden Unteroffizier und die Militärbehörde. Der Unteroffizier wurde als Störer des Friedens zwischen Militär und Zivil eingestuft und seine Entfernung aus Zabern gefordert. „In Rücksicht auf die

Feuilleton.

Führer durch die Sammlung neuerer Gemälde und Bildwerke von Dr. Kurt Trener.

Von Professor Dr. W. Waegold-Halle.

Jedes junge Museum erreicht eine wichtige Entwicklungsphase mit dem Erscheinen seines ersten Kataloges. Durch die Herausgabe eines wissenschaftlichen Verzeichnisses ihrer Bestände zeigt eine Kunstsammlung ja nicht nur an, daß sie geordnet, aufgestellt und zugänglich gemacht ist, sondern sie erklärt gleichzeitig auch, daß sie bereits über einen gewissen Reichtum an Werken verfügt, durch den geführt zu werden es sich lohnt.

Das Erscheinen eines von Dr. Kurt Trener im Auftrage der Museumsdeputation verfaßten „Führers durch die Sammlung neuerer Gemälde und Bildwerke“ im Besitze des Städtischen Museums für Kunst und Kunstgewerbe wird daher von allen denen freudig begrüßt werden, die dem mutigen und zielbewußten Ausbau des städtischen Kunstmuseums ihr Interesse schenken. Leider ist dieser Kreis noch klein genug, und sicher trägt die vorläufige aus äußeren Gründen nötige Abtrennung der modernen Gemälde und Plastik von den Werken älterer Kunst, sowie ihre Unterbringung in einem ungenügenden und abgelegenen Bauwerk viel dazu bei, daß die Erfolge einer sehr reichhaltigen modernen Galerie selbst in den Kreisen der gebildeten Einwohnerschaft Halles so wenig bekannt ist. Wird aber einmal — und hoffentlich bald! — der gesamte städtische Kunstschatz in einem Museumsgebäude vereinigt, so wird es unangehen Kunstfreunde geben, der mit Befriedigung erkennen, daß die Veranlassung einen Schatz an modernen Werken ignoriert hat, dem er in jeder anderen Stadt sein Interesse geschenkt hätte.

In Dr. Treners Büchlein bietet sich nun ein Führer an, der nicht nur Namen, Zahlen und Bildmittel zu nennen beabsichtigt, sondern in das Wesen der künstlerischen Gestaltung einführt, mit den Absichten des Künstlers, der Anwendung seiner Ausdrucksmittel, den Problemen und Zielen seiner Tätigkeit bekannt machen will. Diese Anleitung zum Sehen,

die der Kate so viel nötiger hat als die Anleitung zum Hören, geht von der Erklärung der einzelnen Werke aus, die auf die Ausdrucksmittel der künstlerischen Sprache, auf Raum- und Formbildung, auf materielle und plastische Komposition u. dergl. analysiert werden, und verknüpft die nach stilistischen Absichten verwandten Werke zu Gruppen, deren Einleitungen das den betreffenden Werken Gemeinsame angeben. In der Aufeinanderfolge der Gruppen: Klassizismus — Nazarener — Romantiker — Naturalismus — Stilismus — Kolonialismus — Impressionismus — Expressionismus werden abendend die Hauptstadien der viertausendjährigen Entwicklung bezeichnet, die sich in der deutschen Kunst vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in unsere Tage vollziehen hat. Eine Anleitung zum Sehen der plastischen Bildwerke und der Medaillen und Plaketten schließt sich der Führung durch die Gemälde und Handzeichnungen an. Aus dem Gelagten geht wohl nur Weniges hervor, daß wir es hier mit einer methodisch ganz neuen Katalogform an tun haben, die nicht nur der Mitteilung des Bestandes an Kunstwerken, sondern der Beziehung zu ihrem Verständnis dienen will. Wir sind überzeugt, daß auch außerhalb Halles diese neue Form eines Museumsführers Beachtung finden wird.

Die beherrschende Schwierigkeit für den Verfasser lag darin, das städtische Museum eines nur verhältnismäßig wenige Werke enthält (der Führer zählt 165 Gemälde und Zeichnungen), zweitens sich unter diesen manche Arbeiten von geringerer Qualität befinden. Die Museumsleitung hat den Mut gehabt, diese Tatsache feineswegs zu verheimlichen, und auch darin bewährt sich ihr Verstandnis als ein Führer, daß negative Urteile ausgesprochen sind oder durch das Fehlen einer Analyse die geringere Bedeutung eines Wertes stillschweigend angedeutet wurde.

Die Bildererläuterungen Dr. Treners vermeiden es tattvoll, den Kunstwerken ihre letzten Geheimnisse abtragen zu wollen; sie geben nur so viel, als zum Verständnis wirklich notwendig ist, und überlassen es dem Leser, das Gelagte als Anregung zum Weiterdenken zu nehmen. Aber nicht nur von schulischerlicher Allförmigkeit, sondern auch von Einflüstererei ist dieser Führer frei. Er will verstanden, dem Willigen die Tür zum Kunstgenuss zu öffnen, ohne ihm doch die Gesetze und Stimmungen des Verfassers aufzuzwingen. Ja, gerade die Kühle und Ruhe der formalistischen Betrachtung wird vielleicht manchen zunächst befremden. Aber diese bewußt

einseitige Kunstinterpretation ist durchaus hier am Platze als Hilfsmittel gegen die belächelte und funktionslose andächtige Bildausbeutung. Ein Beispiel ist vielleicht am besten geeignet, einen Begriff von Wesen dieser Bildausbeutung anzudeuten, von der in ähnlicher Gewandtheit ihres Verfassers zu geben. Wir wählen ein inhaltlich „uninteressantes“ Bild, ein Stillleben, eines jener Werke, an denen der Ausstellungs- und Museumsbesucher mit unergötlichen Augen vorüberläuft, weil er glaubt, daß es ihm „nichts zu sagen“ habe: Charles Schuch's Stillleben. Reinhold Steiner-Stiftung. „In diesem Werke kommt das eigentliche Wesen des Kolonialismus am besten zum Ausdruck, weil hier die Farbgebung einen hohen Grad von gleichmäßiger Klarheit, Nuancenreichtum und Ausdrucksstärke erreicht. — Der Bild wird sogleich auf die Haupttöne in der Mitte gelenkt, ein glühendes Rot und goldiges Gelb, die aber trotz aller Kraft und trotz ihrer Fülle (sie kehren nirgends wieder) nicht herausfallen, weil ihre Mäßigkeit mit dem übrigen Schritt hält. Mitten zwischen diesen Tönen erscheint dann der zweite Hauptton, ein bläulich und violett schimmerndes Grau, das dann die Mittelgruppe einfaßt. Eine weitere Umfassung bildet das rötliche Braun des Karbes und dieses wieder ist eingebettet in das Grau der Decke, das, von dem schwarzen Schatten des Karbes bis zu dem weißen Reflex des Kruges reich abgetönt, die violetten, bläulichen und braunen Zwischentöne noch einmal in sich aufnimmt. Zuletzt erscheint wieder das Rotbraun, vorn in der Signatur klar angehängen, im Hintergrund dämpft ins Schwarze verfliegend. — So ist die Komposition nicht nur nach der Höhe und Breite, sondern auch nach der Tiefe zu entwickeln, der Raum bildend und ihn erfüllend, es entsteht ein Auslingen in die Haupttöne nach allen Seiten, gleich Wellenringen um einen ins Wasser geworfenen Stein. — Die Darstellerei ist mehr als eine gleichmäßige Farbdeklaration. In dem Klang der Farben und in ihren Beziehungen liegt der Ausdruck eines feinsten Geschehens, das sich nur abnehmend empfinden, kaum in Worte fassen läßt. Verhaltene Leidenschaft und träumerische Schwermut, scheint es, haben hier Gestalt gewonnen.“

Je mehr die Entwicklung der Kunst sich der unmittelbaren Gegenwart nähert, um so schwerer wurde natürlich die Aufgabe des Führers. Denn weitere Kenntnisse hinsichtlich des Stil, dem Impressionismus gegenüber, galt es zunächst klar zu betonen, daß nur der ein Verhältnis zu den künstlerischen Absichten



**Wahrung der vollkommenen Selbständigkeit der Militärbehörden** heißt es in dem Bericht, und der unbedingten Betonung des Reichstages, sowie des Senates der Angelegenheiten gegenüber den verhandelnden und die öffentliche Meinung irreführenden Artikeln des Zaberer Anzeigers konnte das Infanterie-Regiment 99 die aufgebrachte Beilegung des Unteroffiziers nicht ins Auge fassen. Die Beilegung des Zaberer Anzeigers führten zu einer vollkommenen Vermittlung der rechtlichen Aufklärung. Die Folge war, daß halbweilige Briefe beidseitig Abgerufen mit Unteroffizieren lauchten und vor grundlosen Angriffen gegen diese nicht zurücktraten. Im August 1903 protokollierten wiederum Zivilisten vor einem Gattbauer eine Schlichtung, bei der zwei Unteroffiziere mifshandelt wurden. Dieser ausgegebene Bericht nach natürlich in den Augen jedes objektiven Menschen nicht das geringste Beweisen für die jüngsten Zaberer Vorwürfe, solche Kränkeln zwischen Soldaten und jungen Briefen der demokratischen Bewegung, wie das wohl allgemein bekannt ist, überall einmal vor. Und dabei sagte der Garnisonsbericht selbst zum Schluß: — das drückt die „Norddeutsche“ allerdings ganz klein, während sie die ihr passenden Stellen auffällig durchschlägt — daß „von einer Mifshandlung zwischen Militär und der eigentlichen Bürgererschaft aber abgesehen keine Rede sein kann.“

Trotzdem will die „Nordd. Mtg. Ztg.“ mit dem Abdruck des Berichtes den „unwiderleglichen“ Beweis erbringen, „daß sich in Zaberer seit dem Jahr 1903 zum mindesten ein Am-System nicht geändert hat, das bei der Erregung solcher Unruhen befolgt wird.“ Bemerkenswert ist, daß augenscheinlich seit 1903 nichts vorgekommen ist, was auch nur entfernt als Stütze für die Anschuldigung des Obersten hätte dienen können. Im übrigen kann natürlich ein einzeliger Bericht nicht einmal die Schuldfrage für die damaligen Verhältnisse klären, und läßt die von der „Nordd. Mtg. Ztg.“ zitierte Fall doch wohl den Schluß zu, daß sich damals gerade gezeigt hat, daß das Militär, auch ohne die Polizeigewalt an sich zu setzen, in seiner Ehre geschützt wird.

Herr v. Heydenbach, dessen lehnlicher Wunsch es ist, diesen Reichstag „zum Teufel zu jagen“ zu sehen, wittert anscheinend freilich Morgenluft für die Reaktion in Deutschland. Er ist wohl nicht ganz unschuldig daran, wenn man, wie die „Mittpol. Korr.“ wissen will, im Reichstage von der Möglichkeit eines Regierungsantrages spricht, der auf die zeitweilige Aufhebung der eilschlichtungs Verfassung abzielen könnte, und die politischen Gruppierungen für den Fall ermächtige, daß es darüber zu einer Auflösung des Reichstages käme. Etwas Verhängnisvoller für die Entwicklung der Dinge im Reich und in den Reichslanden kann man sich kaum denken, als eine Gewaltpolitik, deren Ursache letzten Endes ausgerechnet Herr v. Forstner wäre. Im übrigen wäre die Verleumdung der früher als ungeschliffen vom Kaiser bezeichneten Hebergriffe das Zeichen eines haltlosen Rückwärts.

**Berlin, 16. Jan.** Der Statthalter der Reichslande, Graf v. Wedel, hatte, wie das Hirschfelder Telegraphen-Bureau von erster Seite erfährt, vor seiner Abreise beim Kaiser eine längere Besprechung im Reichslandspalais mit Herrn von Bethmann Hollweg über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen.

**Straßburg i. E., 17. Jan.** Der „Straßb. Post.“ zufolge ist in der ersten Kammer auf fortgeschrittene Anregung eine Interpellation wegen der Zaberer Vorgänge eingebracht worden, die Montag nachmittags 3 Uhr verhandelt wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber militärischer Kommandoposten in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der Schranken ihrer Befugnisse halten?

## Stimmungsbild aus dem Reichstage.

**Berlin, 16. Januar.**

Im Reichstage zunächst das übliche Freitagsmenü, einige kleinere Anfragen von minderer Bedeutung. Man hörte nicht in der Hauptsache, die Gemüter beschäftigte vielmehr eine weit wichtigere Frage: In den Wortbelangen ging das Gerücht um, Herr von Bethmann Hollweg habe sich Ab-

der Jüngsten geminnen wird, der sich stets vor Augen hält, daß Kunst nicht Nachahmung, sondern Umgestaltung der Natur ist, daß nicht nur die sichtbare Welt, sondern auch die Welt der Empfindungen, des Seelischen das Stillschwebende der Kunst bildet. Wenn nun Dr. Freyer das eigentliche Ziel des Expressionismus darin sieht, daß er auf dem Wege des „künstlerischen Schauens“ das Wesen des Seelischen selbst als die Seele der Welt erkennen, und diese Erkenntnis durch die Mittel der Kunst der Anschauung bringen“ kann, so möchte ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Hier scheint mir der Verfasser in den Fehler der Zeit des Klassizismus zu verfallen, den er selbst aber tadelt, daß man nämlich die Kunst als einen Weg der Weiterführung ansieht, der dem religiösen Ahnung und philosophischer Erkenntnis gleichwertig ist. Damit wird aber der Künstler metaphysischen Aufgaben dienbar gemacht, mit denen er — nach Ansicht des Referenten — nichts zu tun hat, die zu lösen ihn auch seine sinnlichen Ausdrucksmittel niemals instand setzen. Die Kunst will nicht die Dinge selbst, noch kann sie „das Wesen der Dinge“ wiedergeben, ihr ist es einzig und allein darum zu tun, die Vorstellungen von den Dingen, freilich mit allen ihnen anhaftenden Gefühlslebnissen, zu klarer Anschauung zu bringen. Um den Expressionismus zu verstehen — soweit ein solches Unterfangen überhaupt heute in den Anfängen der Bewegung, schon Aussicht auf Erfolg hat — braucht man nicht die Kunst als das Wesentliche in anschaulicher Form anzufassen, sondern die charakteristischen koloristischen Werte, die psychologische Ausdrucksmittel und die Rhythmi der Massen und Bewegungen in Werken des Jüngsten Stiles erkennen sich aus rein künstlerischen Intentionen, vor allem aus der lebhaft empfindenden Distanz zur Gesamtheit des künstlerischen Anhabes und zur Monumentalität der künstlerischen Form.

In seinen einleitenden Bemerkungen zu Dr. Freyers Führer stellt Max Sauerlandt einer modernen Gemäldesammlung eine dreifache Aufgabe: sie soll bedeutend wenigstens die Haupttendenzen der künstlerischen Entwicklung bezeichnen, sie soll versuchen, die Bekanntheit mit den führenden Meistern der Gegenwart zu vermitteln, sie soll schließlich den werdenden Künstlern der Zukunft die Wege ebnen. Immer aber wird es die höchste Aufgabe einer öffentlichen Kunstsammlung bleiben, das Urteil der Allgemeinheit zu führen, nicht ihm zu folgen.“ Diesen drei verchiedenen gearteten Aufgaben werden die Führer durch die Sammlung **Werner Gemälde und Skulpturen** durchaus gerecht.

schloßgeschloß eingereicht, sein Nachfolger würde Tirpich sein, während der bisherige Reichstagsleiter als Nachfolger des Grafen Wedel als Statthalter in Straßburg einzuziehen würde. Auch Herr von Jagow sei amtsübrig und der Kolonialsekretär Dr. Solf werde das Auswärtige Amt erhalten, aus dem auch der Unterstaatssekretär Zimmermann ausscheiden wolle. Von wannen diese Gerüchte kamen, wußte niemand, sie waren eben mit einem Male da, und sie wurden vielfach auch gelebt. Ob sie richtig sind, steht freilich noch dahin; wahrscheinlich hängen sie mit der Besprechung zusammen, die der Statthalter Graf Wedel beim Reichstagsleiter vor seiner Abreise beim Kaiser mit dem Reichstagsleiter hatte. Auch von Unstimmigkeiten im Auswärtigen Amt verlautete, indem es hier, es seien dort Differenzen zu verzeichnen, einmal wegen der Konstantinopler Militärmission und dann auch wegen der Verhandlungen mit England. Allen Ansichten nach sind das auch wohl nur Produkte der herrschenden politischen Unsicherheit. Die Verhandlungen im Elsaß boten nichts Besonderes Interessantes. Nach den Anfragen behandelte man den von mehreren Parteien gestellten Antrag betreffs Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag.

Interessant ist die Angabe Erbsbergers, daß wegen des Wehrbeitrags an die zuständigen Behörden nicht weniger als 9 Millionen Anfragen ergangen sind. Jedenfalls werden die Auskosten für eine Aushebung des bürokratischen Apparates nachgerade mit jedem neuen Gehektentwurf größer. Ob unbedingt jede der 9 Millionen Anfragen einer Antwort bedarf, bevor die Frist verfliehet ist, wußte Erbsberger nicht, darf man bezweifeln. Wähtiger ist es schon, auszuforschen, wie der Erbsberger die einzelnen Grundstücke zu ermitteln sei, oder darüber, ob die Wehrbeitragspflichtigen, die jetzt deklarieren, im Jahre 1917 genötigt sein sollen, nach demselben Werte zu deklarieren. Reichstagssekretär Kühn legt die Gründe dar, weshalb der Regierung eine Verlängerung der Frist als schwer durchführbar erscheint. Man müßte zu einem gewissen Zeitpunkte übersehen können, wie hoch ungefähr das Gesamtergebnis der Steuer sei. Notwendig sei eine Verlängerung auch nicht, da die Fristen in den Ausführungsbestimmungen an und für sich schon durch die Landesregierungen hinausgeschoben werden könnten, und zwar allgemein bis Ende Januar, für gewisse Gruppen bis zum 15. April, in besonderen Fällen mit Zustimmung des Reichstages bis zum 1. Mai. Zweifelsfrei ist nicht für gefährlich, man solle nur die Tatsachen, auf Grund deren die Steuerberechnung erfolgt, richtig angeben, darf man bezweifeln. Wähtiger ist es schon, auszuforschen, von dem Bankrott abgehende Devisen zuzugewinnen, werden gewiß mit diesem Wehrbeitrag nicht zufrieden sein; für sie ist ein ganz genaues Einkommenverhältnis sehr wichtig. Der Abg. Dr. Hund (Sp.) wünscht zum Teil aus ähnlichen Gründen wie der Zentrumsmehr eine Verhinderung des Abgabetermins. Ebenso der Sprecher der Konservern, Abg. Kupp. Der Antrag wird schließlich einstimmig angenommen. Während der nun folgenden Fortsetzung der Debatte über die Sonntagserhebung verdient sich das Haus wieder reichlich den Spitznamen einer „Halle der Wiederholungen“. Weder der Sozialdemokrat Dr. Luard, noch der Zentrumsmehrer Birkenmeier, noch der Nationalliberaler Marquardt vernehmen neue Gesichtspunkte herbeizubringen. Selbst Graf Wolodowsky wußte mit einer „ganz kurzen Bemerkung“ nicht viel mehr auszurichten, als noch einmal das englische Beispiel zu rühmend, daß am Tage vorher der Abgeordnete Mumm glorifiziert hatte. Die Vorlage wurde um 6 Uhr einer Kommission überwiesen und dann die Sitzung bei fast leerem Saal geschlossen. Heute 11 Uhr beginnt die zweite Sitzung des Tages.

## Deutsches Reich.

### Kanlerkreise und Krise im Auswärtigen Amt?

Nur als ein Zeichen für die innerpolitische Verunsicherung, die jetzt herrscht, mögen die mannigfachen Kriegengerüchte bezeichnet werden, die gestern im Parlament verbreitet waren und auch in die Presse Eingang gefunden haben. Man wollte wissen, daß Herr v. Bethmann Hollweg bereits sein Erntungsgeheim eingereicht habe. Diese Behauptung fand in besonnenen politischen Kreisen darum wenig Glauben, weil man gerade aus dem Verlauf der Erörterungen im preussischen Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen den Eindruck gewonnen hat, daß weder auf Seiten der Konservern noch auf Seiten des Reichstagsleiters Kampfstimmung herrsche. Wohlens die Behauptung, der Reichstagsleiter wolle sich als Nachfolger des Grafen Wedel nach Straßburg zurückziehen, erschien jüst unmittelbar nach der Haltung, die Herr v. Bethmann Hollweg in der Jähren-Annahme angenommen und die ihm von rechts und links in zahlreicher Vorwürfe eingebracht hat, wenig glaubwürdig. Die Aussetzung, daß im Auswärtigen Amt ein Wechsel der maßgebenden Persönlichkeiten bevorstehe, daß Herr v. Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann ausscheiden, und der Staatssekretär im Reichslandspalais Dr. Solf Staatssekretär des Auswärtigen Amtes werden solle, werden an zukünftiger Stelle entschieden in Abrede gestellt. Daß Herr v. Tirpich zum Nachfolger des Herrn v. Bethmann Hollweg ausersehen sei, ist oft genug behauptet worden, trotzdem die Gründe, die gegen eine solche Wahl sprechen, heute ebenso in Kraft sind, wie zuvor. Im großen und ganzen bezweifen, wie gesagt, alle diese aufgeregten und aufstrebenden Gerüchte nichts anderes, als daß die Notwendigkeit, die seit Jahren jüst aufgeleitet hat, noch immer nicht überwunden ist. Es wäre endlich an der Zeit, den Tatsachen in unfeiner inneren Politik mit größerer Ruhe ins Auge zu sehen.

**Herrn v. Lieberts Mandat.** Die Wahlsprüchungskommission des Reichstages stellte Freitag den Bericht über die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. v. Liebert fest; dieser Bericht wird heute im Reichstage zur Verteilung gelangen. Die Wahl des Herrn v. Liebert war bekanntlich von der Kommission schon vor dem Ferien einstimmig für ungültig erklärt worden. Es ist aber parlamentarischer Brauch, daß, wenn die Ungültigkeit festgestellt wird, der betreffende Abgeordnete nach der Verteilung des Berichtes sein Mandat niederlegt und dadurch dem Hause die Verhandlung über die Materie erspart. Man darf wohl annehmen, daß Herr v. Liebert sich ebenfalls diesen Brauch unterziehen wird. In diesem Falle würde die Reichspartei, die zu Beginn der Legislaturperiode 14 Mitglieder zählte, nach dem Verlust des Kreises Juch-Belzig, nach dem Tode des Abg. Jirn und nach der voraussichtlichen Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. v. Halem in den nächsten Wochen nur noch über die Zahl von 10 Mitgliedern verfügen. Die Prüfungskommission des Reichstages beendet am Freitag die Prüfung der Wahl des Abgeordneten von Halem (Reichspartei) bis auf die giffer-

mäßige Zusammenstellung. Die Ungültigkeitserklärung ist wahrscheinlich. Bekanntlich wurde das Mandat v. Halem schon einmal für ungültig erklärt, v. Halem aber wiedergewählt.

## Ausland.

### Sensationelle Militärtragödie.

Nach einer Feier in der Wohnung des Artilleriehauptmanns Hausmann in K r a t a u wurde dieser von dem Oberleutnant Ziegler beleidigt. Er rief darauf, laut „Berliner Morgenpost“, seinen Briefen ins Zimmer und drückte ihm seinen Revolver in die Hand, den Oberleutnant niederzuschlagen, was der Briefe auch tat. Der Getroffene war sofort tot. Der Hauptmann und der Briefe wurden verhaftet.

### Ruhe im Streikgebiet von Sidajirka.

Die neuesten aus allen Bundesstaaten in Kapstadt eingegangenen Meldungen besagen, daß überall Ordnung herrscht und daß die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen.

### Osman.

Konstantinopel, 17. Januar.

Die Nachricht von der Ernennung des Generals Osman v. Sanders zum Generalinspekteur der türkischen Armee ist unrichtig. Osman wird künftig nur als Chef der deutschen Militärmission bezeichnet werden.

Das ist mehr als niederstimmend; also nicht einmal Generalinspekteur! Einmal: Chef der deutschen Militärmission und vollständige Niederlage der deutschen Diplomatie! Russland hat gesiegt. Was nun?

## Die Krupp-Affäre vor dem Oberkriegsgericht

Der Prozeß gegen Zeugentnant T i i a n und Gen.

(Unter. Nachdr. verb.) Berlin, 16. Januar.

Die vielbesprochene Krupp-Affäre, die im Spätkommer vorigen Jahres wert über die deutschen Grenzen hinaus riesiges Aufsehen erregt hat und deren gerichtliche Erörterung nicht nur in Berlin fast den ausschließlichen Gesprächsstoff bildete, gelangte heute vor dem Oberkriegsgericht der Berliner Kommandantur zur erneuten Verhandlung. — Am 5. August vorigen Jahres waren vor dem Kriegsgericht nach fünfjähriger Verhandlung der Zeugentnant Adolf T i i a n von der Munitionsfabrik in Spandau, der Zeugentnant Helmuth Schleder von der Artillerieabteilung in Koblenz, der Zeugentnant Emil Hinst von der Munitionsfabrik in Spandau, der Feuerwerker Schmidt von der Artillerieabteilung der Feldzeugmeisterei, der frühere Zeugenschweizer und jetzige Beamte der Firma Krupp Richard D r o s e, der Zeugentnant Arthur H o g e von der Munitionsfabrik in Spandau und der Oberintendantursekretär Pfeiffer von preussischen Kriegsministerium wegen passiver Bestechung, Verrats militärischer Geheimnisse und militärischen Ungehorsams teils mit Gefängnisstrafen und Dienstentlassung, teils mit Festungshaft und Degradation bestraft worden. Gegen das Urteil haben sowohl der Gerichtsherr als auch sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des zu drei Wochen gefinben Arrest verurteilten D r o s e Berufung eingelegt. In der Begründung der Berufung bestritten die Angeklagten zunächst, sich der passiven Bestechung schuldig gemacht zu haben, da die beanstandete Bestrafung von jedem v. m. nur eine Gefälligkeit und Unterfertigung seitens eines ehemaligen Kameraden, aber keine Bestrafung darstelle, und weil ferner gelegentliche kleine Geldzuwendungen nicht die Bedeutung von Bestechungsgeldern besäßen, sondern lediglich eine Entschädigung für aufgewandte Zeit bedeuten. Des weiteren bestritten die Angeklagten, durch ihre Mitteilungen an den früheren Bureauvorsteher der Firma Krupp in Berlin, Maximilian B a n d t, die Gefahr herbeizuführen zu haben, daß das Deutsche Reich durch Preisserhöhungen für Kriegsmaterial materiell geschädigt werde. Außerdem erachteten die Angeklagten eine Verleumdung des Spionagegesetzes nicht für notwendig, weil sie nicht annehmen, daß die Mitteilungen, die sie ihrem früheren Kameraden B a n d t machten, irgendwie zur Kenntnis einer dritten Macht gelangen würden.

Den Vorbehalt in der Verhandlung des Oberkriegsgerichts führt Oberst Sch u l z vom Ingenieurkorps, als Verhandlungsbeteiligter junger Geh. Oberkriegsgerichtsrat Dr. G l a s s o l d, die Anklage vertritt Kriegserichterstab Tischbirek, die Verteidigung haben wieder die Rechtsanwält Dr. B a r n a u, U r i s h, T h u r m und G r a f s übernommen. — Unter den Zeugen befinden sich wieder mehrere Direktoren der Firma Krupp, ferner der leinerzeitige Untersuchungsrichter Landrichter W e g e l, der ehemalige Berliner Vertreter der Firma Krupp v. W e c h e n u m. Der Haupt-



**Obol**  
Bestes Mundwasser der Welt

Wer Obol konsequent täglich anwendet, zibt nach unferen heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zah- und Mundpflege aus.

Preis: 4 Pfalge (Monatliche Anfertigung) B. L. 50, 4 Pfalge B. — 50

# Naturreine Weine

Von unseren grossen direkten Transporten empfehlen wir  
in grosser Auswahl:  
**Naturreine Mosel-, Rhein- u. Bordeaux-Weine**  
hervorragender Qualität zu mässigen Preisen.  
**Pottel & Broskowski, Wein-Grosshandlung und Weinstuben.**

belastungsgeuge im ersten Krupp-Prozess, der frühere Berliner Bureauvorsteher der Firma Krupp, Maximilian Brandt, befindet sich wegen seiner geschwächten Gesundheit seit längerer Zeit in einem Sanatorium in der Schweiz, hat jedoch telegraphisch sein Erscheinen zugesichert, falls seine Anwesenheit erforderlich sein sollte. — Geh. Oberkriegsgerichtsrat Dr. Glawatz gibt zunächst die Oeffentlichkeit Paragrafen bekannt, die sich auf Befehdung, Vertrat militärischer Geheimnisse und militärischen Angehörigen betreffen. — Vor Verlesung des kriegsgerichtlichen Urteils beantragt die Verteidigung den Ausschluß der Oeffentlichkeit während der Verlesung. — Nach längerer Beratung verurteilt das Gericht den Beschuldigten, daß während der Verlesung des Urteils in seinem vollen Umfang die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates und der militärischen Interessen ausgeschlossen werde.

Die Verlesung der auf die vom Gerichtsherrn und den Angeklagten eingelegte Beratung bezüglichen Akten dauert bis in die ersten Nachmittagsstunden. Seitens des Gerichtsherrn war als Grund für die Ansetzung des Urteils gegen Titzian, Hinf, Schmidt und Pfeiffer herangezogen, daß die erste Inzang die Möglichkeit außer acht gelassen habe, daß dem Reich durch die „Kornwähler“ insofern ein finanzieller Schaden zugefügt worden sein kann, als eben auf Grund der „Kornwähler“ die Firma Krupp die Lieferungspreise für Kriegsmaterial erhöht hat. Außerdem erscheinete es sehr wahrscheinlich, daß der Angeklagte Titzian Jahre hindurch, mindestens aber vom Jahre 1906 an, dem Bureauvorsteher Brandt, „Kornwähler“ geliefert habe, die zweifelslos Dinge enthalten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung notwendig gewesen wäre. Es habe ja auch der militärische Sachverständige Hauptmann Gronemann schonzeitig erklärt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, aus den Kornwählern und speziell aus den Aufstellungen über Bezie und Lieferung von Kriegsmaterial, insbesondere von Artilleriematerial sich nahezu Gewissheit darüber zu verschaffen, welches Material für artilleristische Zwecke in Deutschland besonders in Betracht komme. — Der Angeklagte Pfeiffer sei jedenfalls bei einer größeren Anzahl von Kornwählern beteiligt gewesen, als in der feinerzeitigen ersten Instanzlichen Verhandlung angenommen worden war. Denn einerseits unterliege es gar keinem Zweifel, daß der Inhalt einer großen Anzahl von Kornwählern nur aus dem Kriegsministerium stammen könne, und andererseits habe Brandt selbst ausdrücklich zugegeben, daß lediglich Pfeiffer ihm aus dem Kriegsministerium Material zugeführt habe. Schließlich wird die Entlegung der Beratung seitens des Gerichtsherrn noch damit motiviert, daß die von dem Kriegsgericht verhängte Strafen zu niedrig gewesen seien und daß das Gericht die Höhe der von Brandt an die einzelnen Angeklagten gegebenen Geldstrafe und sonstigen Zuwendungen viel zu niedrig eingeschätzt habe.

In der Beweisaufnahme stellte der Oberintendanturlektor Pfeiffer er entdeckten in Akten, dem Brandt je nach Nachrichten aus dem Kriegsministerium übermittelt zu haben; Brandt habe für ihn einige Male geringfügige Beträge von 1 bis 2 Mark bezahlt und als er einmal davon sprach, daß er infolge mangelhafter Familienverhältnisse eine Unterstützungskasse in Anspruch nehmen müsse, ihm zu Währungsnoten 1908 100 Mark für seine Kinder geschickt. Brandt habe ihm auf seine Frage ausdrücklich gelagt, er wolle von ihm keinen Gegenstand, auch keine Nachrichten, denn

Das Ehrenschild der Firma Krupp müsse rein bleiben. Der Gedanke, daß Brandt irgendwelche geheime Zwecke verfolgen könne, sei ihm nicht gekommen, auch nicht, als solche Einladungen, die übrigens auf offenen Postkarten erfolgten, häufiger wurden. Brandt habe das Geschenk von 100 Mark im übrigen damit motiviert, daß er selbst „eine Bomben gratifikation erhalten habe“, an der sein Freund und ehemaliger Kamerad Pfeiffer auch Teil haben solle. Pfeiffer behauptet entdeckten, er habe den Eindruck gehabt, als wenn Brandt auf artilleristischem Gebiet viel mehr beschlagen sei als er selber. Schon aus diesem Grunde habe er dem Brandt nichts erzählt, was mit dienstlichen Dingen zusammenhing,

und auch keinerlei solche Andeutungen gemacht. Es sei gänzlich ausgeschlossen, daß er die sog. „einzige unterirdische Quelle des Kriegsmaterialismus“ gemeint sei. Aus Eatsauszüge habe er dem Brandt niemals geliefert. — Der zweite Angeklagte Zeigleutnant Hoge erzählt zunächst, wie er mit Brandt bekannt wurde. Aus seinen Gesprächen mit ihm habe er entnommen, daß Brandt eine ausgedehnte Kenntnis von vertriebenen, die Landesverteidigung betreffenden Fragen besitze, und das habe ihn veranlaßt, auf seiner Reise herauszugehen und feinerzeit dem Brandt einige Mitteilungen zu machen, allerdings nur aus Freundschaft, denn erhalten habe er dafür gar nichts. Das Darlehen von 1000 Mark, das ihm Brandt einmal gegeben habe, habe er demselben baldigt wieder zurückgezahlt. Aus den Gesprächen habe er entnommen, daß Brandt eigentlich mehr wisse als er selber. Der Zeuge sagt, er sei der Meinung gewesen, daß

hinsichtlich der Marine es für Krupp gar keine Geheimnisse gebe. In ähnlichem Sinne spricht sich der Angeklagte Schmidt aus. — Die Verhandlung dauert fort.

## Theater und Musik.

### 4. Sinfoniekonzert des Stadttheaterorchesters. Moderner Abend.

Salte a. S., 16. Januar.  
Moderne Meister der verschiedensten Richtungen erhielten das Wort, um ein Bild zu geben vom Stande der Musik im letzten Jahrhundertende. Daß dabei einer der Führer, Richard Strauss, gänzlich fehlte, mag vielleicht manchen gewundert haben. Gustav Mahler's wurde mit seiner Vierten gedacht. So wenig noch die Meinungen über ihn geklärt sind, das eine ist doch sicher: Er war ein Künstler, der nach den höchsten Zielen strebte. Als Dirigent feierte er seine ersten Triumphe. Wenn er sich auch als Komponist bereits bei Begegnen Anerkennung verschafft hat, so dankt er das nicht nur seiner beispiellosen zähen Energie, die bei ihm bekanntlich bis zur Müdigkeitsgrenze ausgeprägt war, sondern vor allem seiner hohen künstlerischen Potenz. Die vierte Sinfonie bedeutet keineswegs den Höhepunkt in seinem Schaffen, und man würde sehr gehen wollen, man heraus aus dem Urteil ableiten. Was aber diese Sinfonie deutlich zeigt, das ist — überhaupt ein wesentlicher Zug seiner Kunst — die Klarheit, die trotz aller rhytmischen, harmonischen und kontrapunktischen Kombinationen nie außer acht gelassen wird. Ihrem Stimmungsgehalt nach ist die Sinfonie heiter, dem Ausdruck freudiger Lebensbejahung dienend. Er wird beim Hören sofort klar, auch ohne programmatische Erläuterung. Die Mahler verknüpft, als bewusster Antipode Rich. Strauss. Das „Programm“, d. h. der dichterisch-musikalische Gehalt soll sich bei Mahler, dem das Kunstwort Liebenden aus diesem heraus ergeben, nicht umgekehrt das fertig vorliegende „Programm“ erst ein Verstehen ermöglichen. Mit überraschender Einheitslichkeit wird die genannte Stimmung in vorliegender Sinfonie festgehalten. Nur vorübergehend, im Durchführungsteil des ersten Satzes und dem das Scherzo vertretenden zweiten, werden gelegentlich Töne angeschlagen. Leider wird gerade der einhellige Grundton der Sinfonie teilweise zum Verhängnis. Ist man die Ueberführten der vier Sätze — Feiler, bedächtig, in gemächlicher Bewegung, ohne Hast, Ruhevoll. Sehr behaglich — so — ist damit das Ganze in der hauptsache charakterisiert. Es herrscht darin zu ausschließlich das Behagen, zwar für eine vierstimmige Sinfonie. Selbst die entwickelte Instrumentationskunst, die gelegentlich an Verlosche Fee Mab-Kapriolen erinnert, vermag auf die Dauer den Eindruck der Länge zu bannen. Eine köstliche Probe überlegenen Humors ist das Finale mit seinem Sopran solo. Max Reg er war mit der Gesangsreihe für Alt mit Orchester op. 124 „An die Hoffnung“ vertreten. Sie gehört nicht zu den Kompositionen Regers, die sofort vollkommen zu durchdringen sind. Die Stimmung des hübschlichen Gedichtes ist in ein beständiges harmonisches Ineinanderfließen aufgelöst

und wird in erster Linie durch die eindringliche Orchesterprache erschöpft, die auch deutliche malerische Tendenzen aufweist („Der stille Quell“). Daß die Komposition speziell für die Singstimme „dankbar“ wäre, kann niemand behaupten. Außerordentlich interessant waren die beiden Orchesterlieder von G. B. Déglin. Wie die Worte der Dichtung „Africa“ von Wichtigkeit, so war auch die Musik ein Gedicht voll echter Lebenskraft. Einem einzigen Gesangsduo kann man die Komposition vergleichen: Unter bestimmenden Klängen, die wie dunkle Flüsse herauswachen, legt sie ein und klingt aus in verklärter Stimmung, einem hymnischen aus den Todesengel Africa als den Betreter. Rhythmisches Kraft und Frische kennzeichnen die Ballade „Des Irdischen Segen“. Dazu sind beide Werke den Anforderungen der Sängerin aus Gültigkeit angepaßt. Endlich stellte sich Bobo Wolf den Hallen, denen er als Kapellmeister noch allgemein in Erinnerung ist, als Komponist vor mit einer sinnreichen Dichtung „Totenfahrt“. Doch er die Klarheit mit Meisterhaft berichtet, wurde unzuverlässig klar. Er verlegt dem Orchester ganz neue Farberwirkungen abzugewinnen. Einiges Interesse beansprucht die Rhythmik, für die er offenbar einen besonders ausgeprägten Sinn besitzt. Als Melodist und Harmoniker gibt er sich hochmodern und schreit vor den gewagtesten Intervallen und Fortschreitungen nicht zurück. Doch scheint es, als ob dahinter ein Mangel an eigenlicher, rein musikalischer Kraft zu suchen ist. Auch ist wohl der Abgang des Ganzen, sowie speziell die Beziehung des Textes, der dem einzigen Sopran solo als Unterlage dient, nur den Wenigsten klar geworden.

Kapellmeister H. H. Wehler hat sich als multifunktionsreicher Leiter dieses „Modernen Abends“ ein neues Ruhmschild erworben. Mit bewundernswürdiger geistiger Beweglichkeit paßte er sich den verschiedenen Scharfen an. Die beiden anwesenden Komponisten, G. B. Déglin und B. Wolf werden mit der Interpretation ihrer Werke zufrieden sein.

Kammerjungenin Willy Hoffmann-Déglin, die Gattin des Komponisten, brachte dessen Gesänge in idealer Weise zum Vortrag. Nicht nur steht ihr ein wunderbarer, in seiner Kraft unbesiegbare schneiderer Alt zu Gebote, sondern sie gestaltet auch aus geistiger Vertiefung heraus, so daß ihre künstlerischen Gaben zu Erlebnissen wurden. In diesem Sinne wußte sie auch der spröden Komposition Regers bekommen. Zum Schluß spendete sie, von ihrem Gatten glänzend begleitet, fünf Lieder mit Klavier, die sie als Vortragstänzerin auf gleicher Höhe zeigte. Das mit deutlicher Beziehung (auf die Gestalt Déglins) gelangene „Mein Diebster ist so klein“ von Hugo Wolf empfahl die jüdischen Beifall, für den sie mit einer Zugabe (Brachms) dankte. Für Alice v. Boer, die durch Krantheit plötzlich verhindert wurde, war in letzter Stunde Marg. Brug er Dre o s eingetragenen. Ihr Einsetzen verdient um so höhere Anerkennung, als sich ihr in die modernen Gesängen in Wählers „Sinfonie“ und Wolfs „Totenfahrt“ höchst anpruchsvolle Aufgaben boten. Sie löste sie mit bestem Gelingen und erbrachte vor allem wieder den Beweis für ihre hervorragende musikalische Sicherheit.

Dr. H. Kleemann.

Das Tolstoi's „Der lebende Leinwand“, ein Drama in 12 Bildern, bei dem es dem Dichter mehr auf die Befahrung von Problemen und auf dramatische Effekte ankommt als auf künstlerische Wirkung, erlebte Freitag im hiesigen Stadttheater die Erstaufführung. Die ersten Bilder wurden mit lauem Beifall aufgenommen, das achte Bild wurde ausgezeichnet. Nach den letzten Bildern rührte sich keine Hand zum Klatschen. Die Aufführung unter der Regie Walter S e g s war recht gut. Wir kommen auf die Aufführung und auf das Stück noch zurück.

## Luftschiffahrt.

Das Militärluftschiff „3. 6“ ist Freitag früh 2 1/2 Uhr in Leipzig unter Führung des Hauptmanns Matius aufgestiegen. Es ist eine 16tündige Dauerfahrt beabsichtigt. In Nord befindet sich die Abnahmekommission.

Nur noch 5 Tage!

# Grosses Aufsehen

erregen die billigen Preise unseres diesjährigen Saison-

# Räumungs-Ausverkaufs.

Unübertroffene Vorteile.

Denkbar beste Kaufgelegenheit.

Geschäftshaus

Besichtigen Sie gefl. unsere Schaufenster!

# J. LEWIN

Besichtigen Sie gefl. unsere Schaufenster!

Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.



